

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 49

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. Für Nichtmitglieder ist der Holzarbeiter nur durch die Post zum Preise von Mk. 1,00 pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldsendungen nur: Postfachkonto 7718 Köln

Köln,  
den 7. Dezember 1928.

Anzeigenpreis für die vierteljährliche Mißmeterzettel 30 Pfennig. Stellenangebote und -Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Verlag befinden sich in Köln, Benloerwall 9. Telefonnr. Welt 51546. — Redaktionschluss ist Samstag Mittags.

29. Jahrg.

## Zum Ergebnis der Urabstimmung.

Nach der Bekanntmachung des Zentralvorstandes in Nr. 39 unseres Organs hatten die Mitglieder unseres Verbandes in der Zeit vom 15. bis 30. Oktober zu dem Beschluß des Verbandstages — Einführung einer Invalidenunterstützung — auf dem Wege über die Urabstimmung Stellung zu nehmen. Der Verbandstag gab seinen Beschluß als Regulativ, als Bestandteil der Verbandsatzung bekannt und die Mitglieder hatten sich, jeder persönlich, für oder gegen die Vorlage zu erklären. Wenn schon die Verhandlungen des Verbandstages eine Schlussfolgerung auf das Endergebnis der Urabstimmung zuließ — der Verbandstag hat sich fast einstimmig für die Invalidenunterstützung erklärt — dann konnte man erwarten, daß eine erhebliche Mehrheit der Mitglieder sich ebenfalls mit der Einführung der Invalidenunterstützung einverstanden erklären würde. Hätte die Urabstimmung ein anderes Ergebnis gezeitigt, hätte man annehmen müssen, daß die Verbandstagsdelegierten wider den Willen und im Gegensatz zu der vorhandenen Stimmung der Mitglieder im Lande gehandelt und beschlossen hätten. Weil aber doch neben anderen gewerkschaftspolitischen und verbandstechnischen Fragen auch die Invalidenunterstützung vor dem Verbandstag ausgiebig durchgesprochen war, und weil letzthin die Entsendung zum Verbandstag Folge und Ausdruck des Vertrauens der Mitglieder zum Delegierten ist, waren die oben angedeuteten Schlussfolgerungen gerechtfertigt.

Schon während der festgesetzten Frist, mehr aber noch gleich nach Ablauf derselben, häuften sich bei der Zentrale die Meldungen über das Ergebnis der Abstimmung. Vielleicht wäre eine frühere Berichterstattung an dieser Stelle möglich gewesen, wenn der in der Bekanntmachung am 28. September benannte Endtermin für den Eingang der Meldungen von allen Zahlstellen pünktlich und genau innegehalten worden wäre. Zugeben ist, daß das nicht in allen Fällen möglich war, weil bis zum Ende der Frist immer noch Abstimmungen vorgenommen oder aber Teilergebnisse von Sektionen und Gruppen nicht früh genug bei den Zahlstellenverwaltungen eingelaufen sind. So haben große und wichtige Geschäftsstellen trotz aller Bemühungen den Termin nicht einhalten können und vielfach die erforderlichen Angaben erst mit der turnusmäßig fälligen Korrespondenz an die Zentrale eingeleitet. Wenn also schon verzögert, dann aber immer noch zeitig, weil die auf die Invalidenunterstützung bezüglichen Bestimmungen erst von Beginn des neuen Jahres an wirksam werden, ist heute festzustellen, daß eine überwältigende Mehrheit aller Abstimmenden sich für die Einführung der Invalidenunterstützung ausgesprochen hat. Die Zahlenübersichten, deren Veröffentlichung hier aus Raummangel unterbleiben muß, gingen den Bezirken bereits zu.

Rund dreiviertel aller Stimmen lauteten auf „Ja“, ein Viertel auf „Nein“. Teilweise haben sich die Mitglieder der Stimme enthalten, ungültig waren nur wenige Stimmzettel und zwar wurden als solche diejenigen erkannt, die entweder unsachliche Bemerkungen oder aber mit „Ja“ und „Nein“ bestimmt waren. Mit der Beteiligung an der Urabstimmung dürfen wir zufrieden sein. Trotz allem Verlangen nach demokratischer Geschäftsführung und -Verwaltung bleibt es in Jetztzeit, die eine gewisse Ermüdung bei der Betätigung demokratischer Rechte — siehe politische Wahlen usw. — erkennen läßt, ein Wagnis, die reifliche Beteiligung aller Kollegen auch an berufsständischen Vorgängen zu verlangen. Immerhin haben sich gewisse Befürchtungen als grundlos erwiesen, weil das Endresultat zeigt, daß sich fast 80 Prozent der Verbandsmitglieder an der Abstimmung beteiligten. Das beweist, daß das Interesse für wichtige Vorgänge bei unseren Mitgliedern lebendig ist und kann uns mit Stolz erfüllen, denn ähnliche günstige Beteiligungsziffern wurden in anderen Organisationen, die in ähnlicher Weise wie wir eine Befragung ihrer Mitglieder vorgenommen haben, kaum erreicht.

Jetzt gilt es das Resultat der Urabstimmung auszuwerten und verbandspolitisch fruchtbar zu gestalten. Diejenigen Mitglieder, die sich für die Einführung der Invalidenunterstützung erklärten, werden aus den verschiedensten Gründen dazu gekommen sein, ihr Einverständnis mit dem Beschluß des Verbandstages mit „Ja“ zu erklären. Bei manchen Kollegen mag die Sorge um eine spätere Zukunft mitgesprochen haben, viele aber werden aus sozialen und kollegialen

Erwägungen heraus der Invalidenunterstützung zugestimmt haben. Der schönste Charakterzug überzeugt christlicher Einstellung ist doch die Sorge für den hilfsbedürftigen Nächsten, der unserer Hilfsbereitschaft durch Gottesgebot besonders anempfohlen ist. Andere haben sich zweifellos auch durch Zweckmäßigkeitserwägungen leiten lassen. Bei diesen Kollegen haben die Überlegungen die Oberhand gewonnen, die von der Erkenntnis ausgehen, daß weitere sozialpolitische Fortschritte am besten vorbereitet werden, wenn die Arbeiterschaft beherrzt die Probleme anpackt und zu lösen versucht. Mit dem Bewußtsein, daß die Allgemeinheit nach wie vor verpflichtet bleibt ausreichende Maßnahmen für die durch Invalidität aus dem Arbeitsleben ausgeschiedenen Mitkollegen zu treffen, soll andererseits schnelle Hilfe den in Not geratenen nicht versagt werden. Auch wird zu alledem die Erwägung, daß es nützlich und vorteilhaft für den Verband ist, wenn das Unterstützungswesen gut ausgebaut ist, bei der Stimmabgabe eine große Rolle gespielt haben. Jetzt wird mancher, der trotz aller Werbeversuche bisher für die Organisation nicht gewonnen werden konnte, dem Gewerkschaftsgedanken eher zugänglich sein, wenn auf diese neueste Unterstützungseinrichtung hingewiesen wird. Auch wird die Fluktuation, die immer noch sehr erhebliche Abwanderung aus allen möglichen Gründen, eingedämmt werden können, weil mit dem Verlust der Mitgliedschaft auch besonders wichtige Anrechte für die Zukunft preisgegeben werden. Denn darüber wird man sich klar sein müssen: Zukünftig wird eine Anrechnung von Beiträgen, die vor Jahr und Tag geleistet wurden und durch Austritt aus dem Verband verfallen sind, kaum mehr erfolgen können. Selbst die wohlwollendste Prüfung derartiger Anträge müßte zur Ablehnung führen, weil andernfalls Ungerechtigkeiten gegenüber den unentwegten treuen Mitgliedern eintreten würden und die Übersicht und geldliche Sicherung der Invalidenunterstützung leiden müßte.

Ein Viertel aller Stimmen lautet auf „Nein“! Es wäre sicher ungerecht, wollte man denjenigen Kollegen, die nach ernster Prüfung sich zu einem „Nein“ entschlossen haben, irgendwelche Vorwürfe machen. Sicher haben auch sie das Beste gewollt und zweifellos befinden sich unter den Neinstimmen beachtliche und erwägenswerte Gründe. Ein Grund, der jedenfalls sehr beachtlich ist, wurde oft genannt: Wir wollen nicht zu einem Unterstützungsverein werden, wir wollen Kampforganisation bleiben, so sagen diejenigen, die sich für die weitere Entwicklung des Verbandes verantwortlich fühlen. Erfreulich ist eine solche Einstellung, weil sie beweist, daß alter erprobter Gewerkschaftsgeist in unseren Reihen noch lebendig ist. Erfreulich auch deshalb, weil, solange solcher Geist

vorhanden ist, er die beste Gewähr dafür bietet, daß die Befürchtungen, die maßgeblich für das „Nein“ der betreffenden Kollegen waren, nicht zutreffen. Und darauf muß man doch verweisen, daß die Gefahren grundsätzlich auch bei den anderen Unterstützungsarten, der Kranken-, Arbeitslosen- und Sterbeunterstützung vorhanden gewesen sind. Trotzdem diese Unterstützungen schon Jahrzehnte bestehen, ist der Kampfscharakter des Verbandes nie angezweifelt worden oder in Gefahr gewesen. Darum erwarten wir, daß auch die Neinstimmen jetzt, nachdem die Entscheidung gegen sie gefallen ist, als gute Demokraten sich dem Mehrheitsbeschluß anschließen und für die reifliche und gute Durchführung der erforderlichen Maßnahmen eintreten.

Stimmenthaltungen entstehen meist aus zwei Gründen. Da sind einmal die Unentschlossenen, die sich vor lauter Wenn und Aber nicht zum befreienden Entschluß durchringen können. Nicht immer Opfersehen ist die tiefste Ursache solcher Unentschlossenheit, sondern öfter eine Frage des Temperaments und der Veranlagung. Schlimmer als diese sind die Gleichgültigen, die keine innerliche Wärme empfinden wenn wichtige Verbandsfragen an sie herantreten und immer den Standpunkt vertreten: ja die ändern werden's schon schaffen. Die Ändern schaffen's schon, aber in einer lebens- und kraftvollen Organisation sollen nicht nur die „Ändern“ sondern alle vom selben Geiste befeuert sich der Erfüllung notwendiger Aufgaben widmen. Hätten die Lauen und Gleichgültigen sich, statt sich der Stimme zu enthalten, an der Abstimmung beteiligt, dann wäre, davon sind wir überzeugt, die Mehrheit für die Invalidenunterstützung noch größer geworden.

Alles in allem! Der Wille der Mitglieder hat den Verbandstagsbeschluß bestätigt. Dem bisherigen Unterstützungswesen, das bereits jahrelang zum Besten und Vorteile der Kollegen wirksam ist, und manche Not und Sorge fernhielt oder lindern half, ist als glückliche Ergänzung die Invalidenunterstützung zugefügt worden. Damit rundet sich das Bild und so ist für alle Wechselfälle des Lebens der Verband mit seinen Unterstützungseinrichtungen ein Rettungsanker und Segenspendender. Die Gemeinschaft, die Selbsthilfe hat wieder einmal bewiesen, daß sie auch große Fragen mit Geschick und glücklich zu lösen versteht.

Darum an die Arbeit! Jetzt gilt es mit allen Kräften und mit neuem Mut einen weiteren Ausbau unseres Verbandes herbeizuführen. Die kommenden Monate und Wochen sind besonders geeignet, notwendige Aufklärungsarbeit in die Wege zu leiten und die Werbearbeit tatkräftig zu fördern. Als weiteres geeignetes Mittel diene auch die beschlossene Invalidenunterstützung, die eine Festigung unseres Verbandes herbeizuführen wird, wenn wir die Bedeutung und Wichtigkeit derselben recht erkennen.

## Freiheit oder Zwangswirtschaft?

„Sie streiten sich, so heißt's, um Freiheitsrechte, Genau befehlen sind's Knechte gegen Knechte.“

Man ist versucht, dieses Wort aus Goethes „Faust“ zu zitieren, wenn man den Aufruf des Hansabundes vor wenigen Tagen als ganzseitige Anzeige in fast allen großen Tagesblättern Deutschlands lesen konnte. Der Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie ist eine derjenigen Organisationen, ohne deren Vorhandensein die Welt und nicht zuletzt die deutsche Wirtschaft genau so gut, vielleicht noch besser, bestehen würde. Eine überragende Bedeutung kommt diesem Bund bestimmt nicht zu und verwundert fragt man sich, warum juist mitten in den Eisenkonflikt Nordwest dieser Aufruf des Hansabundes platzt, der sich mit so abgegriffenen Wortgebilden für die Freiheit der Wirtschaft, für den bis heutige gültigen Begriff des Privateigentums und für den Individualismus einsetzt. Sollte es dem Hansabund nur darum zu tun gewesen sein, der Öffentlichkeit Mitteilung von seinem Nach-Vorhandensein zu machen oder fühlte der Hansabund verwandte Töne und Tendenzen im Eisenkonflikt schwingen, als er so vieles Geld, von dem noch immer behauptet wird, daß es nicht da sei, für seine Zeitungsanzeigen ausgab? Nach dem Vorbild der Ruhrindustriellen ruft der Hansabund zur Bildung eines Kampffonds auf „Für die Freiheit der Wirtschaft“. Zu den Unterzeichnern

gehört auch Ehrenobermeister Kniest-Kassel, von dem man auf Grund seiner früheren Tätigkeit und Erfahrung größere Vorsicht bei der Unterzeichnung von Aufrufen erwartet hätte.

Was ist das für eine Freiheit der Wirtschaft, die man so marktschreierisch anpreist und erkämpfen zu müssen vorgibt? Wir halten's mit Friedrich Wilhelm Weber, der in „Dreizehnlinden“ sagt: „Freiheit sei der Zweck des Zwanges“.

So verstehen aber zweifellos die Leute um den Hansabund die Freiheit nicht, ihnen schwebt sicher ein anderes Freiheitsideal vor, das sich sehr stark an manchesterliche Gedankengänge anlehnt. Freiheit ist, so meinen sie, ein Luxus, der nicht für jedermann taugt, am wenigsten für die breite Masse, für die Arbeiterschaft, deren Schicksal und Aufgabe es sei, zu parieren. Auch noch so schöne Worte vermögen uns nicht zu täuschen. Nach allem Vorhergegangenen mutet es sonderbar an, wenn der Hansabund in seinem Aufruf an einer Stelle sagt, daß er die soziale Bedeutung und volkswirtschaftliche Notwendigkeit einer gerechten Beteiligung der Arbeitnehmer an den Erfolgen und Erträgen der Wirtschaft anerkenne und daß er sich mit allem Nachdruck zu einer Sozialpolitik bekenne, die Schutz vor Not und Elend schaffe. Schade, daß man dabei vergessen hat anzugeben, wie man sich die Lösung dieser Probleme im Hansabund

denkt. Ist denn unsere Wirtschaft so eingeengt und durch wen eingeengt, daß es solcher Aufrufe bedarf? Nichteingeweihte mögen von den Aufrufen und Argumenten der Arbeitgeber überzeugt werden, daß diese „Zwangswirtschaft“ uns dem Ruin entgegenführt. Zwangswirtschaft übt nach der Meinung dieser Leute der Staat, weil er nicht Alles und jede Maßnahme der Wirtschaft im Interesse der Volksgesamtheit für gut und nützlich hält. Das ist das gute Recht des Staates und in diesem Sinne übte er Zwangswirtschaft nicht erst seit einiger Zeit. Er wird diese Tätigkeit in absehbarer Zeit auch noch nicht einstellen können, wenn er nicht will, daß auf der einen Seite die Wirtschaftsmächte übermächtig und auf der anderen Seite Millionen Staatsbürger einer einseitigen Wirtschaftsdiktatur ausgeliefert werden. Freiheit der Wirtschaft ist so ein Schlagwort und bedeutet im Sinne des Aufrufs des Hansabundes nur eine Forderung, die die Unternehmer in Nordwest in die Tat umzusetzen versuchen, die in dem Satz gipfelt: „Macht vor Recht“. Wenn einige Generaldirektoren die Macht haben, ungestraft einige hunderttausend Menschen auf die Straße zu setzen, kann man schon der Meinung sein, daß wir in Deutschland reichlich viel Wirtschaftsfreiheit haben, die sehr gut eine Einengung erfahren kann. Auch der Gedanke des Privateigentums wird in zunehmendem Maße unterhöhlt, je länger der Kampf in Nordwest dauert.

Was man will ist durchsichtig: Der Einfluß des Staates auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen soll beseitigt werden. Man schätzt im Hansabund und anderswo die Arbeiterschaft sehr schwach ein und glaubt, daß sie sich ohne staatliches Schlichtungswesen das Lohnniveau der Unternehmer einfach gefallen lassen müßte. So kommt man nach der Meinung dieser Leute zu dem Leistungslohn, der auch eine genügend starke Kapitalneubildung gestattet.

Freiheiten solcher Art dürften den Herrschaften genügen. Weitere, auf anderen Gebieten, z. B. der Zollpolitik, sind unerwünscht. Wie wäre es, wenn im Zeichen der Kartelle, der Syndikate und Eruffs eine Revision der Zolltarife unter dem Begriff „Freiheit der Wirtschaft“ diskutiert würde? Da winkt man ab. Auch den Zwang, den die Wirtschaft auf die Wirtschaft ausübt, den will man beibehalten und bemüht sich, davon nicht mehr an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen, als sich eben nicht vermeiden läßt. Was diese 2500 Produktionskartelle, diese 500 Preiskartelle, diese Riesentrüsts in Deutschland an Zwang auf die Wirtschaft ausüben, ist jedenfalls viel mehr, als der Staat bisher in Lohn- und Tariffragen überhaupt nur versucht hat. Also die Freiheit, die die Wirtschaft in ihren Aufrufen erstrebt, führt letzten Endes zur Unfreiheit für die Anderen, insbesondere für die Arbeiterschaft und die Verbraucherschichten.

Die heutige Ordnung auf dem Gebiete des Tarifwesens ist sicher nicht fehlerfrei. Auch wir leugnen nicht, daß diese Ordnung Mängel und Lücken hat. Die Erörterungen, die vor einiger Zeit im Reichsarbeitsministerium stattgefunden haben, sahen als Teilnehmer auch eine sehr stattliche Zahl Arbeitgeber und deren Vertreter. Wir, die Arbeitnehmer, haben bei

diesen Besprechungen das Schlichtungswesen mit durchschlagenden Argumenten verteidigt. Eines der wichtigsten war auch der Hinweis darauf, daß das Schlichtungswesen in seinen Grundgedanken viel mehr einem gesunden Gemeinschaftsleben gerecht wird, als die so laut und stürmisch verlangte „Freiheit der Wirtschaft“. Die Arbeitgeber haben bekanntlich zum nicht geringen Erstaunen der deutschen Öffentlichkeit, nicht viel und nichts Wesentliches dagegen einwenden können. Jetzt, während des Eisenkonfliktes, reichen die Arbeitgeber Abänderungsvorschläge ein. Dieses sonderbare Zusammentreffen verdient festgehalten zu werden, denn es ist bezeichnend für die Kampffreude der Unternehmer unter der Devise: „Freiheit der Wirtschaft“. Die heutigen Zwangstarife verbürgen der Wirtschaft mehr Ruhe und Dispositionsmöglichkeit, als das bei der sogenannten Freiheit der Wirtschaft der Fall sein würde. Gemessen an der Veränderlichkeit der Lebenshaltungskosten und der Preisbewegung kann man sogar die Meinung vertreten, daß sie fast zu lange laufen. Starr und unbeweglich sind die Tarife doch nur, wenn man die Absicht hat, sie nach unten zu durchbrechen. Trotz aller Tarifmängel ist die Öffentlichkeit auf die sehr guten Erfahrungen, die sich in jahrelanger Übung bewährt, zu verweisen. Einer ernsthaften Kritik halten darum diese Vorwürfe auch nicht stand. Die immer weitere Ausdehnung der Akkordarbeit bedeutet doch eine erhöhte Leistung des Arbeiters, Akkordlohn ist doch Leistungslohn. Arbeitslust und Arbeitswille sind heute, trotz der Zwangstarife, nicht geringer wie früher.

Darum, weil der Kampf nach dem Willen der Unternehmer um die „Freiheit der Wirtschaft“ wie sie diese auffassen, geht, interessiert uns Nordwest. Einen Rückschlag in manchesterliche Wohnheiten macht die Arbeiterschaft heute nicht mehr mit. Die Stellung der Arbeiterschaft im Staate ist gottlob eine andere als in Vorkriegszeiten, wo der Staat brutale Mittel gegen sie zur Anwendung brachte. Die Zeiten sind vorbei. Die Arbeiterschaft fühlt sich heute, mit oder ohne gültige Erlaubnis der Herren im Hansabund oder in Nordwest, als zur Wirtschaft gehörend. Sie haben längst begonnen mitzureden in der Diskussion, die bzgl. der Gestaltung der Wirtschaft gepflogen wird. Nicht ohne Erfolg. Das mag den Kreisen, die sich bisher allein als „Wirtschaft“ zu betrachten gewohnt waren unbehaglich sein, mag von ihnen als eine Einengung ihrer wirtschaftlichen Freiheit empfunden werden. Daraus aber zu schlussfolgern, daß nur brutaler Kampf die verloren geglaubte Freiheit wiederbringt, ist falsch. Die Entwicklung geht nicht zurück, sie geht nach vorwärts. Kluge Einsicht verrät der, der sich resolut auf diese Entwicklung umstellt. Die Geisteshaltung der Hanfaleute und Ruhrindustriellen aber läßt solche Einsicht nicht erkennen. Im Gegenteil läßt deren Geisteshaltung, die in verblendetem Machtdünkel wurzelt, auch für die Zukunft weitere Kämpfe um eine falsch verstandene „Freiheit der Wirtschaft“ erwarten. Die Arbeiterschaft aber hat sich darauf einzurichten.

f) Durch Vorsehung von öffentlichen Aufträgen, z. B. Pflasterstein- und Schotterlieferungen, die erst später zu erfüllen sind, damit eine gleichmäßigere Beschäftigung einzelner Wirtschaftszweige erzielt wird.

g) Die Beschaffungsstellen der öffentlichen Hand sollen nach Möglichkeit der Wirtschaft längere Lieferfristen zugestehen, damit die Ausführung der Aufträge in der Zeit vorgenommen werden kann, wo eine übermäßige Belastung mit privaten Aufträgen nicht vorhanden ist.

Der Winter steht vor der Tür. Die Ziffern der Arbeitslosen werden bald emporschnellen. Es heißt darum handeln. Die behördlichen Aufträge können, wenn sie richtig über das Jahr verteilt werden, die Saisonschwankungen mildern. Der Wert der behördlichen Aufträge (bei Reich, Ländern, Kommunen usw.) schwankt alljährlich zwischen sieben und acht Milliarden Mark. Rechnet man den behördlich beeinflussten Wohnungsbau hinzu, so sind es zehn bis elf Milliarden Mark jährlich. 11 Milliarden Mark spielen, bei der deutschen Produktionskapazität von 60 bis 65 Milliarden Mark im Jahr, zu Ausgleichszwecken schon eine Rolle. Es muß verhindert werden, daß die restlichen Etatsmittel durch die Behörden erst kurz vor dem Schluß des Etatsjahres (31. März) „verpulvert“ werden, während im Winter die Arbeit stockt.

Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat, wie der Herr Präsident mitteilt, das Gutachten des Reichswirtschaftsrats besonders gewürdigt und baut ihre Beschlüsse, die in Form von Dienst-anweisungen an die Arbeitsämter gehen werden, ganz auf dem Gutachten auf.

Das ist ein guter Erfolg. Es kommt nun darauf an, daß die Gewerkschaftler an allen Orten, vor allem aber in den Landesarbeitsämtern und Arbeitsämtern ihrer Bezirke, dafür Sorge tragen, daß diese Vorschläge des Reichswirtschaftsrats, die die Reichsanstalt voll unterstützt, zugunsten der Arbeitslosen allenthalben praktisch durchgeführt werden.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam daß für die Zeit vom 2.—8. Dezember 1928 der 49. Wochenbeitrag im Jahre 1928 fällig ist.

Zeitsahlungen sind regelmäßig an die Hauptkasse abzuschicken wenn der Geldbestand am Ort 20.— M und mehr beträgt.

Taschenbuch 1929. Unser Taschenbuch für das nächste Jahr zeichnet sich durch gediegene Inhalt, gute Ausstattung und billigen Preis — Mk. 0,60 — aus. Weil die Auflage nicht groß genug ist, um allen Verbandsmitgliedern das Taschenbuch liefern zu können, empfiehlt sich sofortige Bestellung.

Verlorene Bücher. Nr. 330 063, Röstlers; Nr. 141 221, Josef Rohrsen; Nr. 59 211, Johann Brehler; Nr. 295 596, Heinrich Huppertz; Nr. 297 407, Michael Altmüller; Nr. 255 321, Johann Vogl; Nr. 287 407, Adam Regal; Nr. 314 061, Jakob Bauer; Nr. 189 089, Carl Hüpe; Nr. 176 231, Wilhelm Schormann; Nr. 268 889, Gustav Wienböcker; Nr. 240 509, Fritz Schröder; Nr. 203 937, Heint. Klusmeier.

Diese Bücher sind für ungültig erklärt.

### Berichte aus den Zahlstellen.

Wocholt. Die Zahlstelle feierte ihr 25jähriges Bestehen und veranstaltete darum eine in allen Teilen gelungene Jubelfeier. Sonntags, morgens 11 Uhr, begann die Festversammlung im Katholischen Gesellenhaus. Kollege Ebbing leitete dieselbe und begrüßte die Gäste und Teilnehmer, darunter besonders den Kollegen Stedem vom Zentralvorstand in Köln. In zu Herzen gehenden Worten zeichnete Kollege Ebbing Sinn und Absicht der Festfeier. Er erinnerte an den Werdegang der Zahlstelle, an die Kämpfe und Erfolge und ermahnte die Jugend zu Treue und zu eifrigem Streben im Berufsverband.

Darauf nahm Kollege Stedem-Köln das Wort: Dieser gab zunächst seiner Freude darüber Ausdruck, daß er als langjähriger Bezirksleiter der Zahlstelle Wocholt bei deren Jubelfeier sprechen dürfe und überbrachte die herzlichsten Grüße und Glückwünsche des Zentralvorstandes. Er ging dann auf die Zeit der Gründung des christlichen Holzarbeiterverbandes. Damals galt es, dem handarbeitenden Menschen einen größeren Anteil an den Kulturwerten zu verschaffen und ihm dadurch zu einer besseren sozialen Stellung zu verhelfen. Wenn man die damaligen Verhältnisse berücksichtigt (11 und 12stündige Arbeitszeit, 28—30 Pfennige Stundenlohn, keine Regelung der Überarbeit), so sind die Erfolge der Gewerkschaft hoch anzurechnen. In der Öffentlichkeit hatte der Arbeiter keinerlei Geltung, das Dreiklassen-Wahlrecht verhinderte jeden Einfluß des Arbeiterstandes, das Vereins- und Versammlungsrecht war sehr rückständig. Die Versammlungen wurden von der Polizei überwacht, die Mitgliederlisten mußten eingereicht, Neuaufnahmen angemeldet

## Preise, Löhne, Gewinne und Wirtschaftsblüte.

„Die Unternehmer sind oft der Meinung, ihr klares Interesse bestände darin, daß die Preise so hoch als möglich und die Löhne so niedrig als möglich seien. Wenn das so wäre, stände das Unternehmerinteresse in direktem Gegensatz zu dem der Gesamtheit und im besonderen zu dem der Arbeitnehmer; beide müssen wünschen, daß die Preise niedrig und die Löhne hoch seien. Betrachtet man die Sache vom Standpunkte eines einzigen Unternehmers für einen bestimmten Zeitpunkt, so besteht ohne Zweifel ein solcher Gegensatz; wenn die Preise plötzlich steigen oder die Löhne fallen würden, wäre das sein Gewinn, im umgekehrten Falle sein Nachteil. Aber vom Standpunkte der Unternehmerklasse als Ganzes und auf lange Sicht liegt die Sache anders. Da die Arbeitnehmer die größte Mehrheit der Käufer auf dem heimischen Markt stellen, ist es für den Handelsumsatz und damit für die Unternehmer um so besser, je mehr die Arbeitnehmer ausgeben können. Je niedriger die Preise gehalten werden können, während sie gerade noch einen Gewinn lassen, um so größer wiederum ist der Markt des Produzenten daheim und in der übrigen Welt.“

(Aus Britain's Industrial Future, London, 1928.)

## Praktische Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Am 23. April 1928 hat der Reichswirtschaftsrat einstimmig ein Gutachten, betreffend eine zweckmäßigere Verteilung von Behördenaufträgen an die Wirtschaft abgegeben und der Öffentlichkeit und den zuständigen Stellen bekannt gemacht. Dieses Gutachten, das bisher in der Praxis noch zu wenig beachtet worden ist, wurde von Reichswirtschaftsratsmitgliedern, die den christlichen Gewerkschaften angehören, veranlaßt und nach gründlichen Untersuchungen und Vernehmungen im RWR formuliert. In dem Gutachten sind eine Reihe praktisch durchführbarer Vorschläge zu einer zweckmäßigeren Regelung der behördlichen Aufträge, besonders zur Milderung der wiederkehrenden Saisonschwankungen enthalten.

Diese Vorschläge empfehlen der Reichsregierung kurz folgendes:

a) Die statistische Erfassung der von den Reichs- und Länderministerien sowie von den Provinzen, Kom-

munen und sonstigen Stellen der öffentlichen Hand vergebenen größeren Aufträge an die Wirtschaft.

b) Periodische Aussprachen zwischen den Beschaffungsressorts des Reiches, der Länder, der Kommunen, der Arbeitsämter sowie der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die wirtschaftlich zweckmäßigste Verteilung der öffentlichen Aufträge an Leistungen und Lieferungen.

c) Einführung der Übertragbarkeit von Ausgabemitteln und Vorkauf von Vorgriffen auf Mittel des nächsten Haushalts bei den Behörden, um die gleichmäßigere Verteilung der Aufträge zu erleichtern.

d) Auf die Länder und Gemeinden einzuwirken, daß bei der Bewilligung der Hauszinssteuermittel auf eine frühzeitige und gleichmäßige Verteilung der Bauvorhaben über das ganze Baujahr Bedacht genommen wird.

e) Die Verwaltungen der öffentlichen Gebäude und sonstigen Bauten des Reiches, der Länder und der Gemeinden dahin anzuhalten, daß Bauunterhaltungsarbeiten, die in der kühlen Jahreszeit ohne technische Nachteile gemacht werden können, auch zu dieser Zeit ausgeführt werden.

werden, Streikposten wurden als Verkehrshindernis bezeichnet usw. Die damaligen Gewerkschaftler hatten eine große kulturelle und wirtschaftliche Aufgabe zu erfüllen. Es war schwer, die Arbeiterschaft für den Gewerkschaftsgedanken zu gewinnen. Die Führer mußten das Risiko auf sich nehmen, als Aufbehalter zu gelten. In intensiver Arbeit, Hand in Hand mit den anderen Organisationen aber ging es vorwärts und die Ortsgruppe dehnte sich aus, so daß die Verhältnisse in Bocholt einigermassen günstig geregelt werden konnten. Von losen Vereinbarungen kam es bald zu festen Vertragsabschlüssen. Das ging jedoch nicht immer ohne Kampf ab, lange und schwere Kämpfe mußten besonders in den einzelnen Städten des niederrheinischen Bezirks geführt werden, um zur Anerkennung und Durchsetzung des Verbandes zu gelangen. Das Streben der Verbandsleitung war stets darauf gerichtet, für die Durchführung dieser unvermeidlichen Kämpfe das erforderliche finanzielle Rüstzeug zu schaffen und zu vermehren. In der Vorkriegszeit gehörte unser Verband zu den finanziell am besten ausgerüsteten Verbänden. Das müßte auch jetzt in der Nachkriegszeit wieder erstrebt und erreicht werden. Dieser Gedanke der Selbsthilfe habe auch im Vordergrund der Beratungen des letzten Verbandstages in Nürnberg gestanden. Die Neuregelung des Beitragswesens, die Einführung einer Invalidenunterstützung, die weitere Ausgestaltung der Werbe- und Jugendarbeit und das Aufzeigen der wirtschaftlichen Verhältnisse und Zusammenhänge in der Volkswirtschaft gaben dem Verbandstage das Gepräge. Notwendiger denn je sei die schärfste Anspannung aller Kräfte, um das bisher Erreichte zu sichern und weiter auszubauen. Wenn hier und da in den letzten Jahren der Gedanke aufgetaucht sei, daß man bei den heutigen Verhältnissen die Kampfesrüstung nicht mehr so stark zu betonen brauche, dann seien die Vorkommnisse der letzten Zeit eine ernste Mahnung für alle Verantwortlichen. Der Kampf im ober-schlesischen Bergbaugebiet, den Seefischwerften, in der rheinischen Textilindustrie und jetzt der schwere Kampf in der nordwestlichen Metallindustrie, müsse jedem die Augen öffnen. Auch das Holzgewerbe stehe erneut vor großen Aufgaben. Deshalb gelte es alle noch abseits Stehenden für den Verband zu gewinnen. Zeigen wir unseren jüngeren Kollegen, unter welchen Schwierigkeiten vor 20 bis 30 Jahren die christlichen Gewerkschaften gegründet und auf die Höhe gebracht wurden, begeistern wir sie für die Ziele der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Nur durch die Gründung der christlichen Gewerkschaften war es möglich, daß hunderttausende deutscher Arbeiter ihre christliche Überzeugung hochgehalten und ihre wirtschaftlichen Interessen mit aller Energie wahrnehmen konnten. Den alten Kämpfern, die ihr Bestes für die Organisation gaben und eingesetzt haben, gelte unser Dank und Gruß, ihnen nachzueifern müsse unser Streben sein, mit Tatkraft und Energie müsse am weiteren Aufstieg der Zahlstelle Hochalt gearbeitet werden.

Der christliche Holzarbeiterverband hat in der Vergangenheit getan, was menschenmöglich war, und wird das auch in Zukunft tun zum Besten der Mitglieder und deren Familien. Daher beglückwünscht der Zentralvorstand die Zahlstelle zu ihrem Jubiläum. Ein herzliches Glück-auf zu weiterem Wachsen, Blühen und Gedeihen.

Der Ortsausschuß des deutschen Gewerkschaftsbundes, die am Ort vertretenen christlichen Bruderverbände und die konfessionellen Vereine beglückwünschten ebenfalls die Zahlstelle und ihre Leitung zum Festtag. Unter den Gratulanten befand sich auch Tischlermeister Bone, der, bevor er selbständig wurde, 15 Jahre lang die Geschicke der Zahlstelle geleitet hat.

Kollege Werder-Düsseldorf bezeichnete es als erfreulich, daß so viele jüngere Kollegen anwesend seien. Daher werde die Zahlstelle auch in Zukunft gedeihen. Ebenso sei es ein schönes Zeichen treuer Anhänglichkeit, daß auch die alten Meister erschienen seien. Er schloß mit dem Wunsche, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung, die sich mit dem ganzen Volke verbunden fühle, von sich aus tatkräftig mithelfen möge, das große Ziel der deutschen Volksgemeinschaft zu erreichen.

Abends um 7 Uhr fanden sich die Mitglieder mit ihren Angehörigen im Gesellenhaus zu einer Familienfeier zusammen. Hier wies Bezirksleiter Werder noch einmal kurz auf die Notwendigkeit des Zusammenschlusses in den christlichen Arbeiterorganisationen hin und bat die Mitglieder, allzeit treu zu ihrem Verband zu stehen. Bei Musik und Tanz blieb man dann noch einige Stunden gemüthlich beisammen.

Passau. Seit mehreren Jahren ist im hiesigen Gebiet ein dauernder Rückgang in der vorherrschenden Industrie festzustellen. Die Sägewerksindustrie, in der früher eine erhebliche Anzahl Beschäftigter ihre Existenz fanden, wird von Tag zu Tag mehr eingeschränkt. Die Leidtragenden sind unsere Kollegen, die Holzarbeiter, und trotz aller Bemühungen und eifrigster Werbearbeit konnten wir die frühere Mitgliederzahl nicht mehr erreichen. Wohl sind die Arbeiter hier meist in christlichen Berufsverbänden organisiert, aber trotzdem ein großer Teil von Berufs Holzarbeiter ist, mußten viele sich notgedrungen anderen Berufen zuwenden und infolgedessen auch ihre Mitgliedschaft

bei anderen Berufsverbänden erwerben. Es besteht auch kaum Aussicht, daß sich in absehbarer Zeit ein wirtschaftlicher Aufschwung im Holzgewerbe einstellen wird und das ist wohl auch der Grund, warum Kollege Kronthaler demnächst seinen Wohnsitz verlegen wird. Dieser Zeitpunkt rückt immer näher heran und wir nahmen die Gelegenheit wahr, in einer Mitgliederversammlung Abschied von Kollegen Kronthaler zu nehmen, der im Laufe der Jahre uns allen ein lieber Freund geworden ist.

Der Vorsitzende der Zahlstelle, Kollege Hoffmann, eröffnete und leitete die Versammlung. Einleitend betonte er die besonders schwierigen Momente der vergangenen zehn Jahre und erinnerte daran, daß es manchmal bei den Lohn- und Tarifikämpfen hart auf hart gegangen sei. Die durchaus gewerkschaftliche Einstellung der hiesigen Mitglieder habe selbst vor dem letzten Mittel, dem Streik nicht zurückgeschreckt, wenn sich die Notwendigkeit, wie im Oktober 1922 dazu ergeben habe. Ähnlich wie damals habe man in der Zwischenzeit wiederholt durch die Stellungnahme unseres Verbandes gegenüber Organisationen gezwungen, sich ebenfalls für die Interessen der hiesigen Holzarbeiter einzusetzen. Mehr wie einmal habe Kollege Kronthaler dann noch in letzter Stunde den Kampf zu verhindern gewußt und trotzdem beachtliche Erfolge für die Kollegen herbeiführen können.

Kollege Kronthaler dankte der Zahlstelle, insbesondere dem Vorstand und den Vertrauensleuten für die bisher bewiesene Freundschaft und Treue. Er zeichnete den Weg, den die christliche Arbeiterschaft in der Zukunft gehen müsse und wies darauf hin, daß die Verhältnisse auch später jedenfalls nicht

## Verbandsmitglieder!

Die Kündigung der Verträge im Holzgewerbe verpflichtet uns zu aktivster Werbearbeit.

Der Kampf in der Eisenindustrie hämmert der Arbeiterschaft ein, daß sie ohnmächtig ist ohne kraftvolle Gewerkschaften.

Wir verhüten ähnliche Vorgänge nur, wenn wir die eigenen Reihen stärken.

Jeder gewinne ein Mitglied.

● Nur ein Mitglied ●  
und unsere Zahl ist verdoppelt!

leichter würden. Der Kampf um die Gleichberechtigung und Gleichachtung müsse die Arbeiterschaft im Interesse ihrer selbst und ihrer Familie siegreich zu Ende führen.

Die Ausführungen Kronthalers lösten eine anregende Aussprache aus. Kollege Praml erinnerte daran, daß Kronthaler fast zehn Jahre lang die Mitglieder in Niederbayern betreut hat. Als er im Jahre 1919 in Passau stationiert wurde, war seine erste Aufgabe, die Holzarbeiterschaft aus dem Sumpf der revolutionären Bewegung herauszuführen. Dann kam die Inflation, die große Geldentwertung, in der die Vertreter der Arbeiterschaft kaum mehr vom Verhandlungstisch zurückkamen, weil sich die Ereignisse überschlugen. Im Jahre 1923 trat der vollständige Währungsverfall ein und ein großer Teil der Betriebe wurde hier stillgelegt. Nur wenige derselben haben dann im Laufe der Zeit ihre Tore wieder geöffnet und den Betrieb aufgenommen. Während wir vordem immer noch Beitragsgelder der Hauptkasse überweisen konnten, wird unsere augenblickliche Lage treffend dadurch beleuchtet, daß wir heute Zuschüsse zur Unterstützung unserer Erwerbslosen anfordern müssen. Trotzdem, so betonte Kollege Praml, werden wir auch in der Zukunft den Gewerkschaftsgedanken hochhalten, werden dem scheidenden Kollegen ein treues Gedanke bewahren und danken ihm für die große Umsicht und opferwillige Arbeit, die er für uns und den Verband mit Geschick und Fleiß vollbracht hat. Auch für seinen neuen Wirkungskreis wünschen ihm die hiesigen Kollegen Glück und Segen. Ein Hoch auf Kronthaler und unseren Verband beschloß seine Ausführungen.

Kampferprobte Kameraden hatten voneinander Abschied genommen mit dem gegenseitigen Gelöbnis jeder an seiner Stelle zum Besten der Arbeiterschaft, insbesondere der Holzarbeiterschaft, zu streben und zu wirken. —

Hengersberg. Am Samstag, den 17. November hielt die Zahlstelle Hengersberg wiederum eine Ver-

sammlung ab. Es sollte dies zugleich die letzte sein, in der Bezirksleiter Kronthaler bei uns weilte. Sämtliche Kollegen waren erschienen, ebenso auch die Mitglieder des Rath. Arbeitervereins Hengersberg. Kalt es doch unserem scheidenden Freund und Kollegen „Nobemohl“ zu sagen.

Kollege Tux als erster Vorsitzender begrüßte die Erschienenen, sowie die hochw. Gäste und besonders den Scheidenden. Er hob in herzlichen Worten hervor, was dieser der Zahlstelle Hengersberg und den Kollegen gewesen und wieviel sie ihm zu danken hätten. Mit großer Liebe, umsichtsvoll und zielbewußt hat unser Freund seit mehr als sieben Jahren für die Zahlstelle gearbeitet, die ihre Gründung und ihr Blühen besonders ihm zu danken hat. Immer war Kronthaler da und bereit, wenn man ihn wünschte und brauchte. Warmen Dank sind ihm die Kollegen schuldig und schmerzlich empfinden wir sein Scheiden.

Kronthaler selber brachte zum Ausdruck, daß er stets gerne nach Hengersberg gekommen sei, lehnte jedoch jeden besonderen Dank ab, da er nur seine Pflicht getan habe. Weiter sprach er noch über die Ursachen des Kampfes in der Eisenindustrie und über verschiedene, jetzt ganz besonders wichtige Fragen, dankte den Kollegen für die treue Mitarbeit, ohne die nie etwas zu erreichen sei und bat die Kollegen, so wie bisher weiter zu arbeiten zum eigenen Besten und ihrer Familien.

Der Präses des Rath. Arbeitervereins sprach darüber, wie notwendig es sei, daß sich die gesamte christlichdenkende Arbeiterschaft zusammenschließe in Gewerkschaft und Arbeiterverein, um in Wirtschaft, Staat und Gemeinde den gebührenden Einfluß zu bekommen und so nach und nach eine Umgestaltung in christlichem Geist durchzuführen. Dem Scheidenden gab er die besten Wünsche mit auf den Weg und Glück in seinem neuen Wirkungskreise.

Nachdem der frühere Vorsitzende der Zahlstelle in kurzen Worten noch das Wirken des Scheidenden gepriesen, die Ursache der Gründung der Zahlstelle erwähnt, bat er die Kollegen, das Bestehende weiter zu erhalten und auszubauen im Verein und mit gegenseitiger Unterstützung des Rath. Arbeitervereins.

Nach kurzem Schlusswort des Vorsitzenden wurde mit einem begeisterten Hoch auf den Scheidenden die Versammlung geschlossen.

Braunsberg. Am Sonnabend, den 10. November fand im kleinen Saal des katholischen Vereinshauses das 7. Stiftungsfest verbunden mit der Gründungsfeier der Jugend- und Lehrlingsgruppe statt. Schon lange vor Beginn der Feier erwies sich der Saal als unzureichend.

Eine besondere Überraschung für Kollegen Uhl war die neue Jugendgruppe der Zahlstelle, 22 Lehrlinge, welche zur Gründungsfeier vollzählig erschienen waren. Es gibt noch Meister, welche glauben, ihren Lehrlingen den Beitritt zur Jugendgruppe vermehren zu können. Die Unterbindung der gewerkschaftlichen Organisation durch rückständige Meister ist aber in der heutigen Zeit ein aussichtsloses Beginnen. Kollege Kauer, Braunsberg begrüßte ein-gangs sämtliche Erschienenen und erteilte dem Gau-leiter Kollegen Uhl zu einem Vortrag über

„Die christliche Gewerkschafts- und Jugendbewegung“ das Wort. In längeren Ausführungen streifte der Redner das Entstehen der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen, insbesondere wurde die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaftsbewegung betont. Die Freien Gewerkschaften können für christlich und national denkende Arbeiter nicht die richtige Standesvertretung sein. Die Freien Gewerkschaften sind die Förderer und Hüter der sozialistischen Geistesrichtung und können deshalb unter keinen Umständen für uns in Frage kommen. Trotz großer Segnerschaft von allen Seiten sind die christlichen Gewerkschaften als jüngste Gewerkschafts-Bewegung zur zweitstärksten, zu einem einflussreichen Faktor im Wirtschafts- und Volksleben herangewachsen. Je mehr die christlich denkende, vorwärtstrebende Arbeiterschaft die Notwendigkeit der Berufs- und Standesvertretung in den christlichen Gewerkschaften erfasst, umso größer werden auch die Erfolge sein. Der Gewerkschaftsbewegung müssen junge, lebensfrohe und kampfesreudige Menschen zuwachsen. Kollege Uhl ging noch auf die verschiedenartigsten Vorteile der Organisation für die jungen Kollegen ein. Sowohl in geistiger, wie auch in fachlicher Hinsicht soll den jungen Kollegen durch den Verband geholfen werden. Durch Frohsinn und Freundschaft soll eine tätige hilfsbereite Lebenskameradschaft gefördert werden. Die verschiedenartigen Unterstützungsrichtungen des Verbandes, Arbeitslosen-, Kranken- und Reiseunterstützung, Sterbegeld, sowie die neu geschaffene Invalidenunterstützung wurden ebenfalls kurz gestreift. Alle Teilnehmer bekundeten durch ihren Beifall, daß Kollege Uhl den rechten Ton mit seinen Ausführungen getroffen hatte. Im Osten ist wieder ein verstärkter Stützpunkt unseres Verbandes geschaffen worden und haben wir die bestimmte Hoffnung, daß gerade durch diese, nun dem Verband beigetretenen jungen Kollegen, der Verband weiter vorwärts entwickelt wird.

Bereits den Dienstag darauf konnte für verschiedene junge Kollegen in Braunsberg der Wert der Organisation festgestellt werden. Für drei derselben wurde rückständiger Tariflohn von annähernd 400 RM. in der Güte-Verhandlung vor dem Arbeitsgericht durch den Verbandsvertreter, Koll. Uhl, erkämpft. Dieser Prozeß hatte zur Folge, daß auch für

die anderen Junggesellen am Orte im gleichen Moment der Tariflohn zur Durchführung kam. Es sollten Erfolge dieser Art jeden einzelnen Kollegen zu weiterem, wenn auch mühevoller, aber doch erfolgreicher Arbeit anspornen, dann wird es überall, und was wir besonders wünschen, im Osten vorwärts gehen. In allen Orten an die Arbeit!

Sterbetafel.

- Anton Volz, Masch.-Schreiner, 75 Jahre, Wiesbaden.
Carl Haber, Schreiner, 58 Jahre, Mannheim.
Moris Reichardt, Säger, 65 Jahre, Kleinweiler-Hofen.
Thomas Dittenleber, Schreiner, 65 Jahre, München.
Heinrich Giesholt, Schreiner, 42 Jahre, Düsseldorf.
Ruhet in Frieden!

Gewerkschaftliches.

Eisenkonflikt Nordwest. Das Landesarbeitsgericht Duisburg hat das erstinstanzliche Urteil in der Feststellungsklage der Arbeitgeber gegen die Gewerkschaften aufgehoben und die Klage abgewiesen. Der Tenor des neuen Urteils bejaht die Rechtmäßigkeit des verbindlich erklärten Schiedspruches. Die Arbeitgeber kündigten an, daß sie die Revision gegen das Urteil des Landesarbeitsgerichts betreiben wollen. Im Anschluß an eine Rundgebung, die der christliche Metallarbeiterverband veranstaltete und die sich mit diesem Urteil befaßte, wird in einer Erklärung darauf hingewiesen, daß infolge der extremen Haltung einer kleinen Gruppe unter den Großindustriellen weit über 200 000 Arbeitswillige gehindert seien, ihr Brot zu verdienen. Die Erklärung polemisiert dann gegen die von Arbeitgeberseite gegen die Gültigkeit des Schiedspruchs angeführten Argumente, die sie als juristische Spitzfindigkeiten bezeichnet. Die gestern vom Landesarbeitsgericht Duisburg gefällte Entscheidung, daß der Schiedspruch gültig sei, entspreche dem Rechtsbewußtsein von Millionen Deutschen und das Urteil müsse rechtswirksam gemacht werden. Die Erklärung erinnert dann daran, daß von Arbeitgeberseite gegen dieses Urteil Revision eingelegt worden ist, und daß die höchste Gerichtsstanz, das Reichsarbeitsgericht sich mit der Angelegenheit noch zu befassen habe. Die weitere Aufrechterhaltung der Aussperrung wäre eine Ungehenerlichkeit. Wie die Metallarbeiter im Vertrauen auf die Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums bereit gewesen seien, ihre lebenswichtige Arbeit fortzusetzen, so seien sie auch heute noch dazu bereit. Sie appellieren an das Gerechtigkeitsgefühl aller bllig denkenden Menschen und forderten sie auf, mit ihnen gemeinsam der Reichsregierung klar zu machen, daß sie endlich einschreiten müsse, um sich Geltung zu verschaffen. Die Reichsregierung, die den von den Arbeitgebern bekämpften Schiedspruch für verbindlich erklärt habe, habe damit einen staatlichen Hoheitsakt vollzogen. Werde sie ihr damit gegebenes Wort endlich einlösen? Erforderlichenfalls sei ein Notgesetz zu erlassen, auf Grund dessen die Betriebe wieder geöffnet werden und der Rechtsstreit auf dem ordentlichen Rechtswege ausgeglichen werde.

Als Folge des Eisenkampfes mehrten sich von Tag zu Tag Stilllegungen und Einschränkungen von Betrieben. Über 100 000 mittelbar von den Auswirkungen durch Arbeitslosigkeit betroffene Arbeiter werden gemeldet. Der Bergbau ist empfindlich getroffen. Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter hat in einer Eingabe die Reichsregierung zur Hilfeleistung für die notleidende Bevölkerung aufgefordert. Es wird höchste Zeit, daß die Regierung Machtmittel gegen ein renitentes Unternehmertum anwendet.

Die katholischen Gesellenvereine für die christlichen Gewerkschaften. Der Deutsche Zentralverband der katholischen Gesellenvereine nahm auf einer in Köln am 14. und 15. Oktober abgehaltenen Tagung der Diözesanvertreter u. a. eine Entschlieung an, die sich mit der Gewerkschaftsfrage befaßt:

„Da die freien Gewerkschaften immer stärker sich zu Vertretern sozialistischer Kultur- und Weltanschauungsideale machen, indem sie u. a. die weltliche Schule fordern und die sozialistische Wohlfahrtsarbeit unterstützen, kommen für Mitglieder

des Gesellenevereins, der für ein christliches Gesellschaftsideal eintritt, nur christliche Gewerkschaften in Betracht. Der Deutsche Zentralverband fordert deshalb seine Mitglieder erneut auf, nicht nur zur Vertretung der wirtschaftlichen Forderungen, sondern auch zur Stärkung einer christlichen Kulturbewegung in die christlichen Gewerkschaften einzutreten. Die christlichen Gewerkschaften müssen in ihrer Arbeit darauf sehen, den Willen zur wirtschaftlichen Selbständigkeit nicht zu hemmen, mögen vielmehr zur Ermöglichung der wirtschaftlichen Selbständigkeit mit den Organisationen des Handwerks und der Industrie geeignete Wege beraten.“

Das ist ein offenes und freies Wort, das angesichts der leider hier und da wachzunehmenden Verwahrheitung in konfessionellen Jugendvereinen besondere Beachtung verdient.

Es bedarf im sonstigen kaum einer Hervorhebung der Tatsache, daß die christlichen Gewerkschaften den Willen zur wirtschaftlichen Selbständigkeit immer gestützt und gestärkt haben. Ihre, den Bemühungen der Gesellenevereine gleichgerichteten Bestrebungen zur sachlichen Erleichterung der Mitglieder, laufen ganz in dieser Richtung. In ihrer grundsätzlichen Haltung gibt es für die christlichen Gewerkschaften auch keine Verneinung der Notwendigkeit privater Unternehmerinitiative.

Bei Lebensversicherungen nur — „Deutsche Lebensversicherung, Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft“. Zehn bedeutsame Punkte sind es, die einen Versicherungsabschluß bei unserer Deutschen Lebensversicherung, Gemeinnützigen Aktien-Gesellschaft (Berlin-Friedenau, Hähnelstr. 15a) nachdrücklich empfehlen:

- 1. Die vom Reiche anerkannte und von ihm übermachten Gemeinnützigkeit.
2. Die Festsetzung des Aktionär-Anspruchs auf höchstens 4 Prozent jährlich für das eingezahlte Kapital.
3. Die ehrenamtliche Tätigkeit des Aufsichtsrats und Verwaltungsbeirats. Auch der Vorstand ist nicht am Gewinn der Gesellschaft beteiligt.
4. Der weitgehende Einfluß der Versicherten auf die Verwaltung durch den aus ihren Kreisen gewählten Beirat.
5. Die billigen Prämientarife und guten Kombinationen auch bei halb- oder vierteljährlicher Beitragszahlung für alle Versicherungen mit und ohne ärztliche Untersuchung.
6. Die vorteilhaften Versicherungsbedingungen, insbesondere bezüglich der Wartezeit bei Versicherungen ohne Untersuchung.
7. Die Stundung der Beiträge, eventuell bis zur Dauer von zwei Jahren, bei Zahlungsunfähigkeit; kein Verfall der Versicherung nach dreijährigem Bestehen.
8. Die Verwendung aller Überschüsse für die Versicherten.
9. Die prompte Regulierung bei Fälligkeit.
10. Die außergerichtliche Beilegung etwaiger Differenzen durch den aus den Kreisen der Versicherten gewählten Schlichtungs-Ausschuß.

Weil es sich um unsere Versicherungseinrichtung handelt, schützt sich jeder von uns nur durch einen Abschluß bei ihr!

Arbeitsrecht und Arbeitsschutz.

Streitfälle aus der Arbeitslosenversicherung.

Bei den Oberversicherungsämtern bestehen Spruchausschüsse und beim Reichsversicherungsamt der Senat für Arbeitslosenversicherung, die als Berufungs- bzw. Revisionsinstanz Streitfälle aus der Arbeitslosenversicherung grundsätzlich zu entscheiden haben. Die Entscheidungen des Senats für Arbeitslosenversicherung beim Reichsversicherungsamt sind deshalb von großer Bedeutung, weil auf Grund derartiger Senatsentscheidungen die Arbeitsämter, als die ausführenden Organe der Arbeitslosenversicherung, eingehende Anträge zur Erledigung bringen. Nachstehend veröffentlichen wir einige derartiger grundsätzlicher Entscheidungen des Senats, weil sie allgemeines Interesse beanspruchen:

Ruhegehalt, Privatpension usw. gilt nicht als Einnahme aus eigener Beschäftigung im Sinne des Artikel 5, Abs. 3, der Verordnung über Krisenunterstützung. (II a Nr. 106/28.)

Nach der Entscheidung des Spruchsenats sind im Sinne der genannten Bestimmung nur Einnahmen aus einer laufenden Tätigkeit zu verstehen. Invalidentrente, Pension usw. muß deshalb bei Prüfung der Bedürftigkeit voll berücksichtigt werden.

Sind Hausgewerbetreibende für den Fall der Arbeitslosigkeit pflichtversichert? (II a Nr. 82/28.)

Ein Zwischenmeister erhielt zunächst Arbeitslosenunterstützung. Dann wurde sie ihm mit der Begründung entzogen, daß nach einem Bescheide des Reichsarbeitsministeriums v. 18. Nov. 1927 (IV 10181/27) selbständige Hausgewerbetreibende nicht gegen Arbeitslosigkeit versichert seien.

Der Spruchsenat hat diese Frage leider nicht endgültig entschieden. Er läßt die Versicherungspflicht dahingestellt sein, spricht im vorliegenden Falle die Arbeitslosenunterstützung jedoch schon auf Grund der Beitragszahlung zu. (§ 115 ABAWS.)

Die Berufung an die Spruchkammer des Landesarbeitsamts kann rechtswirksam auch beim Arbeitsamt angebracht werden. (II a Nr. 188/28.)

Ein Kläger hat seine Berufungsschrift beim Arbeitsamt eingereicht. Dieses hat zunächst noch Erhebungen vorgenommen und die Sache erst an das Landesarbeitsamt weitergereicht, das sie erst an die Spruchkammer gab, als die Berufungsfrist von zwei Wochen schon verstrichen war. Die Spruchkammer hält die Berufung für verspätet. Der Spruchsenat hat ausgesprochen, daß sie rechtzeitig erfolgt ist, weil sie nicht notwendig bei der Spruchkammer selbst, sondern auch beim Arbeitsamt, Spruchauschuß oder Landesamt angebracht werden kann.

Urlaubstage, für die kein Lohn gezahlt wird, werden nicht in die Dreimonatsfrist des § 105, Abs. 2, Satz 1, ABAWS. eingerechnet, sondern der Beginn der Dreimonatsfrist wird um diese Tage zurückverlegt. (II a Nr. 93/28.)

Nach dem Grundgedanken des Gesetzes sollen Zufallsergebnisse bei der Berechnung der Höhe der Unterstützung ausgeschaltet werden. Nachdem der Spruchsenat in der Entscheidung Nr. 3182 bereits ausgesprochen hat, daß unbezahlte Krankheitstage nicht in die Dreimonatsfrist einzurechnen sind, hat er nunmehr den gleichen Standpunkt auch für Urlaubstage eingenommen. Bei unverkürzter Fortzahlung des Gehalts wird dementsprechend Urlaubszeit auf die Dreimonatsfrist angerechnet.

Das Entgelt für überstunden ist in den Lohn für die Dreimonatsfrist des § 105, Abs. 2, Satz 1 ABAWS. einzurechnen. (II a Nr. 217/28.)

Das wirkliche Arbeitsentgelt soll erfaßt werden. Dabei ist nach Ansicht des Spruchsenats unerheblich, ob das auf den Arbeitstag entfallende Entgelt über den durchschnittlichen Arbeitslohn hinausgeht. Das gilt auch dann, wenn es sich um ungesetzliche Überstunden handelt. Da bei Überschreitung der gesetzlichen Arbeitszeit nur der Arbeitgeber strafbar ist, geht es nicht an, dem Arbeitnehmer den Versicherungsschutz zu versagen.

Die Aussicht auf baldige Wiedereinstellung durch den bisherigen Arbeitgeber ist kein Grund zur Ablehnung anderer angebotener Arbeit. (II a Nr. 33 28.)

Ein Bauhilfsarbeiter hat die ihm gegen Tariflohn angebotene Arbeit in einer auswärtigen Braunkohlengrube abgelehnt, weil er Aussicht hatte, in den nächsten Tagen wieder in seinem alten Betrieb eingestellt zu werden. Auf seine Weigerung hin wurde ihm die Unterstützung für vier Wochen gesperrt. Der Spruchsenat hat diese Sperre gebilligt und wie folgt begründet:

- 1. Einem unverheiratetem Arbeitnehmer, der als Bauhilfsarbeiter beschäftigt war, wird Arbeit in einer Braunkohlengrube keine erheblichen Nachteile für sein späteres Fortkommen bringen.
2. Die unbestimmte Aussicht, wieder eingestellt zu werden oder lohnendere Beschäftigung zu finden, ist kein berechtigter Grund zur Ablehnung dieser Arbeit.

Dabei hat der Spruchsenat unerörtert gelassen, wie er entscheiden würde, wenn dem Unterstützungsempfänger durch die Aufnahme der angebotenen Arbeit seine Laufbahn verbaute würde, da Bedenken dieser Art nicht ersichtlich waren.

Die Handwerkskunst im Holzgewerbe ist die Fachzeitschrift für jeden vorwärtsstrebenden Tischler. Der Bezugspreis ist vierteljährlich 2.— Mark. Bestellungen sind an die Zahlstellen unseres Verbandes oder direkt an die Geschäftsstelle der Handwerkskunst Köln, Penloerwall 39 richter

Sprechmaschinen-Laufwerke z. Selbst- la. Doppelschneckenfederwerk einbauen (2 Stck. 30 cm Platten spielend) nebst allem Zubehör, wie Muttern, Gummilunterlagen, Bremse, Regulator, Kurbel mit Rosette, 25 cm-Plattenteller mit Tuchbezug, Nickelklappbügelarm, la. Aluminium-Schalldose nur 26.— Mark 26.—. Versand p. Nachnahme. Tonführungen aus Holz und Metall. Katalog gratis und franko von Robert Husberg-Neuenrade i. W. 9

la. Hobelbänke beste südd. Ausführung. Blatt und Gestell aus gedämpftem, trockenem Buchenholz, mit Stahlspindeln zum Reklamepreis à Stück 95,— Mf. frei jet er Station. Abbildungen gratis. la. Referenzen. Weißbuche polierte Hobel, Schraubenzwingen, Fugenleimer, Schleifmaschinen, Furnierböcke usw. Werkzeugprospekte gegen 30 Pfg. Briefmarken. Nichtgefallendes nehme ich zurück. M. Walther, Dresden-N. Rehefelder Str. 53 a.